

## **BREMISCHE BÜRGERSCHAFT**

19. Wahlperiode

## **AUSSCHUSSPROTOKOLLE**

HaFA (Stadt)

19. (Sonder-)Sitzung

16.06.16

### **Haushalts- und Finanzausschuss**

**(Stadt)**

19. (Sonder-) Sitzung

am 16. Juni 2016

Haus der Bürgerschaft, Raum 2

Anwesend:

Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)

Abg. Frau Dehne (SPD)

Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender

Abg. Herr Gottschalk (SPD)

Abg. Herr Güngör (SPD)

Abg. Herr Hinners (CDU)

Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender

Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)

Abg. Frau Steiner (FDP)

Abg. Frau Yildiz (Bündnis 90Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Staatsrat Lühr	)	
Staatsrat Strehl	)	
Bürgermeisterin Linnert	)	
Herr Meyer	)	
Herr Fehren	)	
Frau Witt	)	
Frau Dr. Saebetzki	)	
Frau Kreitz	)	von der Senatorin für Finanzen
Herr Sommer	)	
Frau Bleiker	)	
Herr Schneider	)	
Herr Dr. Schwieger	)	
Herr Hörgens	)	
Frau Sokol	)	vom Rechnungshof
Frau Otten	)	
Frau Holsten		vom Senator für Kultur
Herr Kahn	)	
Herr Wienstroer	)	von der Senatorin für Soziales, Jugend und Frauen, Integration und Sport
Herr Runge	)	vom Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Frau Baute	)	
Frau Wolff		vom Senator für Justiz und Verfassung
Frau Lübben	)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Herr Radtke		vom Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen
Herr Flottan		von der Wirtschaftsförderung Bremen
Frau Schneider		von der Bürgerschaftskanzlei/ Ausschussreferentin

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 13.41 Uhr.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) kommt darin überein, den Tagesordnungspunkt III. 3.1 Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte in nicht öffentlicher, sondern in vertraulicher-Sitzung zu beraten.

## Öffentlicher Teil

### III. Initiativen des Senats

#### 2. (Controlling-) Berichte

##### 2.1 Anmietung von drei Objekten zur Unterbringung von Flüchtlingen - Vorlage 19/205 S –

**Abg. Eckhoff** bittet das Finanzressort, als Anlage zum Protokoll eine Übersicht zur Verfügung zu stellen, aus der sich in Hinblick auf Anmietungen zur Unterbringung von Flüchtlingen die Standorte, Mietfläche, Dauer des Mietvertrages, Anzahl der dort unterzubringenden Flüchtlinge und die hierfür aufgewendeten Kosten entnehmen lassen.

**Abg. Liess** bittet unter Bezugnahme auf Ziffer 4 des Beschlussvorschlages in der Senatsvorlage vom 10. Juni 2016, um Übermittlung der angepassten Prognosen für eine langfristige Bedarfsplanung zur Unterbringung von Flüchtlingen, auch an den Haushalts- und Finanzausschuss.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, FDP und DIE LINKE, der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigungen i.H.v. 41.633 Tsd. € bei der Hst. 3417/518 10 - 9 „Miete und Pachten“ für die Anmietung von Objekten zu.

Der Ausgleich erfolgt einerseits durch die für den genannten Zweck veranschlagte Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 20.000 Tsd. € und andererseits durch die Nichtinanspruchnahme der globalen veranschlagten Verpflichtungsermächtigung im PPL 92 „Allgemeine Finanzen“ i.H.v. 21.633 Tsd. €

3. **Angelegenheiten die einigen Gesellschaften, einige Betriebe, sonstigen Sondervermögen und Sicherungsstiftungen, allgemeine Vermögensangelegenheiten**  
-keine Vorlagen-
4. **Vollzug der Haushalte**  
**Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen, sonstige Vollzugsangelegenheit**
- 4.1 **Bewilligung von Projektmitteln im Kulturbereich**  
**hier: Entsperrung von Projektmitteln in Höhe von insgesamt 214,5 T € sowie Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von insgesamt 23,4 T €**  
**(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 4.3 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)**  
**-Vorlage 19/206 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 4.3, stimmt der Haushalts- Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE, bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP der Sperrenaufhebung bei der Hst.3289/686 91-5, Projektförderungen im Kulturbereich, in Höhe von insgesamt 214,5 T€ zu.

Der Haushalts- Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE, bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, der FDP und des Ausschussmitgliedes der Gruppe ALFA der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 23,4 T€ bei der Hst. 3289/686 91-5, Projektförderungen im Kulturbereich, zu Lasten des Haushaltsjahres 2017 zu.

- 4.2 **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Bremen, der Gemeinde Stuhr und der Gemeinde Weyhe über die Umsetzung der vorbereitenden Maßnahmen der gemeindegrenzenübergreifenden Verlängerung der Straßenbahnlinie 8 auf den Streckenabschnitten III bis V (Anlage 1)**  
**-Vorlage 19/207 S-**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt die Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Bremen, der Gemeinde Stuhr und der Gemeinde Weyhe über die Umsetzung der vorbereitenden Maßnahmen der gemeindegrenzenübergreifenden Verlängerung der Straßenbahnlinie 8 auf den Streckenabschnitten III bis V (Anlage 1) zur Kenntnis.

**4.3 Zuwendungen (institutionelle Förderung) von mehr als 100.000 T €  
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 4.4 der Tagesordnung für die Sitzung  
des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)  
- Vorlage 19/208 S-**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 4.4, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE gegen die Stimmen des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP dem vorgeschlagenen Verfahren und der Speere gemäß Anlage zur Vorlage zu.

**4.4 PGR 93.01.03 Steuerähnliche Abgaben  
hier: Verteilung der konsumtiven Globalmittel (Mieten, Personal- und Sachkosten des 3. Sofortprogramms, Integrationsbudget) für 2016  
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II 4.5 der Tagesordnung für die Sitzung  
des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)  
-Vorlage 19/209 S-**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 4.5, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Vorlage zur Umsetzung des Integrationsbudgets zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, bei Enthaltung der Fraktion der FDP, der Freigabe der konsumtiven Globalmittel (Mieten, Personal- und Sachkosten des 3. Integrationsbudget) für das Haushaltsjahr 2016 i.H.v. 41,932 Millionen € zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet um die Vorlage der Evaluationsergebnisse zur Umsetzung der Maßnahmen des Integrationsbudgets nach erfolgter Senatsbefassung im I. Quartal 2017.

**4.5 Generelle Ermächtigungen/Zustimmungen  
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 4.6 der Tagesordnung für die Sitzung  
des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)  
-Vorlage 19/210 S-**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 4.6, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und DIE LINKE gegen die Stimmen des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP, den vorgeschlagenen generellen Ermächtigungen bzw. Zustimmungen zur Durchführung der Haushalte 2016 zu.

**4.6 PGR 51.01.01 Gesundheitsförderung, -schutz und -hilfe  
hier: Aufhebung von Sperrern für die Weiterentwicklung der psychiatrischen  
Versorgung in Höhe von insgesamt 1,24 Millionen €  
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 4.7 der Tagesordnung für die Sit-  
zung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)  
-Vorlage 19/211 S-**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 4.7 beschließt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE, bei Enthaltung des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP, die Aufhebung der Sperrern bei den Hst. 0501/682 20-9, Förderung und Einsatz von Genesungsbegleitern i.H.v. 365.000 €, 0501/684 15-5 Förderung Gemeindepsychiatrischer Verbände in Höhe von 490.000 € sowie 3501/682 25-5 Aufbau und Erprobung regionaler Krisendienste i.H.v. 385.000 €

**5. Personalhaushalt/Stellenplan**

**5.1 Evaluationsbericht zur Sicherstellung der personellen Rahmenbedingungen  
für den weiteren Umsetzungsprozess JuWe (Entsperrung der Mittel  
2016/2017)  
- Vorlage 19/211 S -**

1. Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Entsperrung der bei Hst. 3496/428 09-8 enthaltenen Personalmitteln in Höhe von 545 Tsd. € zu.
2. Der Haushalts- und Finanzausschuss bittet die Senatorin für Finanzen die haushalts- und stellentechnische Umsetzung vorzunehmen.

**IV. Verschiedenes**

- keine Vorlagen -

(Schluss der öffentlichen Sitzung 13.50 Uhr)

gez. Jens Eckhoff